

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Erster Teil: Einleitung	23
A. Motivation des Themas	23
B. Ziel und Gang der Untersuchung	27
Zweiter Teil: Die Herausforderungen bei der Überwachung der Stiftungsgeschäftsführung	31
A. Das Dogma des Stifterwillens	31
I. Vorbehalt des Stifterwillens	32
II. Vorrang des Stifterwillens	32
B. Stiftungsinterne Kontrolle	35
I. Die Janusköpfigkeit der Stiftungsvorstandsmitglieder – zwischen Geschäftsführung und Eigenkontrolle	36
1. Rechtliche Grundsätze für die Stiftungsverwaltung	37
2. Motive des Stiftungsvorstands für Maßnahmen gegen den Stifterwillen	38
a. Stiftungsvorstand als Agent der Stiftung	38
b. Haftungsanordnungen gegenüber dem Stiftungsvorstand	39
3. Auswirkungen des Fehlens eines handlungsfähigen Prinzipals	41
4. Eigenkontrolle des Vorstands	41
5. Hilfswisees Vorgehen einzelner Organmitglieder	42
a. Rechtliche Bedenken	43
b. Tatsächliche Bedenken	44
6. Zwischenergebnis	44
II. Kontrolle des Stiftungsvorstands außerhalb der Staatskontrolle	44
1. Individuelle Rechte auf Einsichtnahme in Entscheidungsprozesse	45
2. Kontrollmöglichkeiten über die Zivilgerichtsbarkeit	47

3. Zwischenergebnis	48
III. Bewertung der Gestaltungsmöglichkeiten zur Herstellung einer stiftungsinternen Kontrolle	48
1. Individuelle Rechtspositionen gegenüber der Stiftungsverwaltung	49
2. Fakultatives Zweitorgan	51
a. Allgemeine Ausführungen zum Zweitorgan als Kontrollorgan	51
b. Kontrolle des Kontrollorgans	51
3. Zwischenergebnis	52
IV. Bedarf nach Kontrolle der Stiftungen	53
C. Kontrolle der Stiftungen durch die Stiftungsaufsichtsbehörden	53
I. Theoretische Grundlagen der Stiftungsaufsicht	54
1. Sachliche Zuständigkeit der Stiftungsaufsicht	54
2. Unterschiedliche Grade der Stiftungsaufsicht nach den Stiftungszwecken	56
a. Partieller Rückzug der staatlichen Aufsicht	56
b. Gemeinnützige Kontrolle	58
3. Mögliche Maßnahmen der Stiftungsaufsicht	59
4. Geltung des Opportunitätsprinzips	60
a. Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität	61
aa. Auswirkungen der Subsidiarität in rechtlicher Hinsicht	62
bb. Praktische Auswirkungen der Subsidiarität	63
b. Handhabung der Opportunität	64
aa. Ausnahmsweise bestehende Pflicht zum Einschreiten	64
bb. Forderung einer restriktiven Handhabung	65
cc. Keine zusätzliche Restriktion angezeigt	65
dd. Zwischenergebnis	67
5. Erfordernis der staatlichen Stiftungsaufsicht	67
II. Hemmnisse der behördlichen Stiftungsaufsichtsarbeit	68
1. Informationsquellen der Stiftungsaufsicht	68
a. Informationsbedarf der Stiftungsaufsicht	68
b. Verpflichtungen der Stiftungsverwaltung zur Informationspreisgabe	69
aa. Berichtspflichten	69
bb. Allgemeine Informationsrechte	71

cc. Frühzeitige Kontrolle vom Zufall abhängig	72
2. Behördeninterne Schranken tatsächlicher Art	72
a. Behördenressourcen	73
b. Fehlendes Nutzen für die Amtswalter	74
c. Fehlendes zwingendes Interesse an den Stiftungen	75
d. Zwischenergebnis	75
3. Stiftungsaufsicht und Staatsinteressen	76
a. Grenzen der Berücksichtigungsfähigkeit öffentlicher Interessen	77
b. Hemmung in Konfliktsituationen	77
4. Mitverantwortung der Stiftungsaufsicht	78
5. Beratungstätigkeit der Stiftungsaufsicht	80
a. Keine rechtliche Bindungswirkung	80
b. Rein faktische Bindungswirkung	81
6. Fehlende Kontrolle in Folge einer Interessenskollision	82
D. Zwischenergebnis: Bedarf nach einer Kontrolle der Kontrollinstanzen	83
 Dritter Teil: Wege zur Einleitung einer behördlichen Kontrolle <i>de lege lata</i>	85
A. Ungenügende finanzprozessuale Möglichkeiten zur Einleitung einer behördlichen Kontrolle	86
B. Außergerichtliche Möglichkeiten zur Einleitung einer behördlichen Kontrolle	87
I. Petitionsrecht an die Aufsichtsbehörde	87
II. Verwaltungsrechtliches Vorverfahren	89
C. Verwaltungsprozessuale Befugnisse zur Einleitung einer behördlichen Kontrolle	89
I. Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	90
II. Notwendigkeit der Klagebefugnis des Rechtsuchenden	90
1. Subjektive Rechtsverletzung als Grundlage des Rechtsschutzes	91
2. Anwendung der Schutznormtheorie	91

III. Subjektiv-öffentliche Rechte im Stiftungsumfeld	93
1. Herrschende Meinung zur Schutzrichtung der öffentlich-rechtlichen Eingriffsbefugnisse der Stiftungsaufsichtsbehörden	93
a. Begründung der Auffassung	93
b. Praktische Auswirkungen	95
2. Mindermeinung: Klagebefugnis bei Existenzveränderungen der Stiftung entgegen dem Stifterwillen	98
a. Begründung des subjektiv-öffentlichen Rechts des Stifters	98
aa. Anfechtungsberechtigung aus dem Grundrecht auf Stiftung	98
bb. Recht auf Stiftungsbestand bei existenzverändernden Eingriffen	98
b. Begründung des subjektiv-öffentlichen Rechts des Erben des Stifters	99
aa. Aus eigenem Recht	99
bb. Aus abgeleitetem Recht	100
c. Stellungnahme	101
aa. Kein Recht auf Stiftungsbestand	102
bb. Effektive Rechtsschutzgewährung rechtfertigt ebenfalls kein subjektiv-öffentliches Recht	104
3. Mindermeinung: Rechtsfortbildung zur Anerkennung der Stiftungsaufsichtsbeschwerde bei existenzgefährdenden Maßnahmen	105
a. Begründung der Auffassung	106
b. Bestimmung des Kreises der klagebefugten Personen	109
c. Dogmatische Einordnung der „Stiftungsaufsichtsbeschwerde“	110
aa. Klagebefugnis aus eigenem Recht	112
bb. Wertung als Prozessstandschaft kraft besonderen Interesses	113
d. Stellungnahme von Teilen der Rechtsprechung	114
aa. Keine Vergleichbarkeit zur <i>actio pro socio</i>	115
bb. Fehlen einer planwidrigen Regelungs- oder Rechtsschutzlücke	115
e. Stellungnahme	117

IV. Möglichkeit für eine Rechtsfortbildung <i>de lege lata?</i>	118
1. Rahmenbedingungen für eine richterliche Rechtsfortbildung	119
2. Konkrete Untersuchung der Gegebenheiten einer Rechtsfortbildung	119
a. Bestehen einer Regelungslücke	119
b. Planwidrigkeit der Regelungslücke	120
aa. Systematik	121
(1) § 84c Abs. 1 S. 1 BGB	121
(2) Zwischenergebnis	122
bb. Historie	123
cc. Sinn und Zweck	124
(1) Schutz- und Kontrollfunktion	124
(2) Missachtung des Schutzauftrages in Ausnahmefällen	125
(3) Nichtregelung einer Prozessstandschaft	126
dd. Keine Planwidrigkeit der fehlenden Regelung	128
c. Widersprechende Interessenlage	128
3. Keine Rechtsfortbildung des Schutzauftrages möglich	129
D. Fazit und Zielbeschreibung	129
 Vierter Teil: Die schweizerische Stiftungsaufsichtsbeschwerde	133
A. Rahmenbedingungen des schweizerischen Stiftungsrechts	134
I. Das Dogma des Stifterwillens	135
II. Stiftungstätigkeit	137
III. Schweizerische Stiftungsaufsicht	138
1. Kontrollausübung	139
a. Einschreiten unter Achtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze	140
b. Konkurrierende Zuständigkeit zu den Zivilgerichten	142
c. Informationspflichten und Informationserlangung	142
aa. Finanzielle Stiftungstätigkeit	143
bb. Tätigkeitsbericht	144
cc. Sonstige Informationserlangung	144
2. Schutzrichtung der schweizerischen Stiftungsaufsicht	145
3. Zwischenergebnis	145

B. Das Rechtsinstitut der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	146
I. Rechtshistorische und rechtsdogmatische Einordnung	147
1. Frühe Existenzbekundungen	147
2. Urteil zur Carl-Seelig-Stiftung	148
3. Rechtsdogmatische Einordnung der Anerkennung	150
4. Rechtshistorische Einordnung und Motive	151
a. Wegfall im Gesetzgebungsprozess des ZGB	151
b. Keine Rückschlüsse aus den Erläuterungen	153
c. Hubers rechtsvergleichende Schriften	154
d. Schaffung des Beschwerderechts als liberaler Akt	155
aa. Keine Regelung im PGB	155
bb. Erste deutschsprachige Nennung	156
cc. Stiftungseigene Beschwerdemöglichkeit als Folge freiheitsrechtlicher Entwicklungen	156
dd. Partielle Überschneidungen mit dem römischen Recht	157
5. Ergebnis	158
II. Einordnung in den Rechtsschutz	159
1. Direkte zivilgerichtliche Klage bei Familienstiftungen	159
2. Verwaltungsbeschwerde	160
3. Rechtsschutz gegen Verwaltungsrealakte	162
4. Aufsichtsanzeige	162
5. Actio pro fundatione	163
6. Lückenloser Rechtsschutz	164
III. Die Voraussetzungen der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	164
1. Rechtsnatur der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	165
2. Beschwerdebefugnis	166
a. Legitimation im schweizerischen Verwaltungsprozessrecht	167
b. Widerstreitende Interessen	169
c. Beschwerdebefugte Personen der Stiftungsaufsichtsbeschwerde vor Inkrafttreten des Art. 84 Abs. 3 ZGB	170
aa. Einzelfallrechtsprechung	170
(1) Destinatäre	171
(2) Stiftungsorganmitglieder	173
(3) Sonstige Beschwerdeführer	176
(4) Zwischenergebnis	182

bb. Keine einheitliche Formel	182
d. Normierung der Beschwerdelegitimation	184
aa. Bedarf einer Neujustierung	184
bb. Parlamentarische Initiative Luginbühl	185
cc. Bewertung	187
(1) Rezeption in der Literatur	187
(2) Bewertung der rechtspraktischen Umsetzung	188
(3) Ausblick: Rechtspraktische Handhabung	190
(4) Zwischenergebnis	191
e. Zwischenfazit	192
3. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	192
a. Parteien	192
b. Beschwerdegegenstand	193
c. Beschwerdeform und -frist	194
d. Zuständigkeit	195
4. Verfahren der Entscheidung	195
a. Auseinandersetzung mit dem Beschwerdegegenstand	195
b. Entscheidungskompetenz	197
aa. Entscheidung im Ermessen der Aufsicht	197
bb. Ausnahmsweise gebundene Entscheidung	197
c. Beschwerdeentscheid	198
d. Kosten	199
5. Weiteres Vorgehen gegen den Beschwerdeentscheid	200
6. Ergebnis	201
IV. Praktischer Nutzen der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	202
1. Geringe Beschwerdetätigkeit	202
2. Informationsmöglichkeiten potenzieller Beschwerdeführer	203
a. Öffentliche Informationsmöglichkeiten über die Stiftungstätigkeit	203
aa. Handelsregisterpublizität	203
bb. BGÖ	204
cc. Keine anderen öffentlichen Informationsmöglichkeit	205
b. Informationswege der Beschwerdeberechtigten	205
aa. Auskunftsanspruch der Destinatäre	205
bb. Persönlicher Kontakt mit der Stiftung	206
cc. Informationszugang nach dem Zufallsprinzip	207

3. Anwendungsbereiche der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	207
a. Abänderungsverfahren (Art. 85-86b ZGB)	208
b. Ordnungsgemäßer Umgang mit dem Stiftungsvermögen	208
aa. Vermögensverwaltung	209
bb. Vermögensverwendung	209
c. Organisationsfehler	209
d. Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche	210
4. Bewertung	212
V. Renommee der Stiftungsaufsichtsbeschwerde in der Schweiz	212
C. Zusammenfassung der Existenzberechtigung	213
I. Stellung im schweizerischen Rechtsschutzsystem	213
II. Anpassung an die Besonderheiten des Stiftungsrechts	214
III. Rechtstechnische Gestaltung der Stiftungsaufsichtsbeschwerde	215
1. Ausgestaltet als Verwaltungsverfahren	215
2. Umsetzung im ZGB	216
3. Hemmnisse im praktischen Gebrauch	216
IV. Funktionen des Rechtsinstituts	217
V. Ergebnis	218
Fünfter Teil: Umsetzungsoptionen im deutschen Recht	219
A. Keine Stiftungsaufsichtsbeschwerde <i>de lege lata</i>	220
B. Umsetzbarkeitsanalyse einer deutschen Stiftungsaufsichtsbeschwerde <i>de lege ferenda</i>	221
I. Umsetzungshindernisse in der Stiftungssphäre	222
1. Eröffnung einer ungewollten Einwirkungsmöglichkeit auf die Stiftung	222
2. Missbrauchspotenzial zu Lasten der Stiftung	224
3. Förderung der ordnungsgemäßen Stiftungsverwaltung und -kontrolle	227
II. Umsetzungshindernisse in der Sphäre der behördlichen Stiftungsaufsicht	228
1. Konflikt mit dem Pflichtbewusstsein der Verwaltung	228
2. Ausstattung der Aufsichtsbehörden	230
3. Zwischenergebnis	231

C. Stiftungsaufsichtserinnerung <i>de lege ferenda</i>	232
I. Formale Gestaltung der <i>lex ferenda</i>	232
1. Wortlaut der Regelung	233
2. Regelungsanalyse	234
a. Notwendige Regelung	234
b. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	235
c. Gestaltung als Stiftungsaufsichtserinnerung	235
aa. Keine Beschwerde und kein Widerspruch	236
bb. Kein Antrag auf Einschreiten	237
cc. Terminus der „Erinnerung“	238
3. Gesetzgebungskompetenz	239
a. Keine Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer	239
b. Art. 72 Abs. 1, 74 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. GG	241
c. Zwischenergebnis	244
II. Das Erinnerungsverfahren und der Rechtsschutz gegen die Entscheidung	244
1. Zulässigkeit der Erinnerung	244
a. Erinnerungsparteien	245
b. Erinnerungsbefugnis	245
aa. Herkunft	245
bb. Handhabung der Erinnerungsbefugnis	246
(1) Erinnerungsbefugte Personen	247
(2) Kein zusätzlicher Missbrauchsschutz notwendig	250
c. Erinnerungsgegenstand	251
d. Form und Frist	252
2. Behördliche Auseinandersetzung mit der Erinnerung	253
a. Erinnerungsverfahren	253
b. Entscheidung über die Erinnerung	254
aa. Unbestimmte Rechtsbegriffe	255
bb. Ermessen	255
cc. Formelle Vorgaben für die Erinnerungsentscheidung	257
c. Kosten des Erinnerungsverfahrens	257
3. Rechtsschutz gegen die Entscheidung	259
a. Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit	259
b. Rechtsschutzmöglichkeiten im Verwaltungsprozess	260

c. Subjektive Rechtsschutzbefugnis	262
aa. Konkrete Aufsichtsmaßnahme gegenüber der Stiftung	262
bb. Entscheidung über die Erinnerung	263
d. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen und Beiladung	264
e. Richtlinien der gerichtlichen Entscheidung	264
f. Kosten der gerichtlichen Rechtsdurchsetzung	267
III. Rechtspraktische Auswirkungen und Überprüfungsmöglichkeiten	267
IV. Folgenabschätzung der <i>lex ferenda</i>	269
1. Rechtsdurchsetzungsmotive erinnerungsbefugter Personen	269
a. Monetäre Interessen	270
b. Altruistische Motive	270
2. Hemmnisse des tatsächlichen Gebrauchs	271
a. Transparenz der Stiftungsverwaltung	272
aa. Stiftungsregister und Bekanntmachungen	273
bb. Transparenzregister	274
cc. Informationsfreiheitsgesetz	274
dd. Informationsdefizite	275
b. Kostenlast	276
3. Effektivierungsmöglichkeit durch die Schaffung zusätzliche Anreize	277
V. Funktionen des stiftungseigenen Rechtsschutzregimes	278
VI. Fazit	279
Sechster Teil: Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	281
Literaturverzeichnis	289